

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 9.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 22. bis 28. Februar 1907.

Posen, den 5. März 1907.

Aus den Blättern der Provinz Posen.**Wittschrift der polnischen Katholiken an den Papst, betreffend die Erteilung des Religionsunterrichts in polnischer Sprache.**

Heiliger Vater!

Wir, polnische Katholiken der Erzdiözese Gnesen-Posen, werfen uns in der schweren Betrübnis mit blutendem Herzen Dir zu Füßen, heiliger Vater, und flehen mit vor Tränen erstickter Stimme: Heiliger Vater, rette uns, denn Du allein kannst uns nur helfen, in Dir ist unsere einzige Hoffnung.

Als Söhne einer Nation, die seit tausend Jahren, seit der Zeit des heiligen Adalbert — des Bischofs-Märtyrers — treu zum Felsen Petri in guter und böser Stunde hielt und durch lange Jahrhunderte die Vormauer des Christentums im Osten Europas bildete, niemals aber der Sache der heiligen römisch-katholischen Kirche untreu wurde, sind auch wir, die Gnesen-Posener Diözesanen, der heiligen katholischen Kirche treu, lieben den Glauben unserer Väter von ganzem Herzen und mit allen unseren Kräften und werden dem heiligen Vater — dem Statthalter Christi — treu bleiben, so lange wir leben.

In unseren Diözesen aber drohen dem heiligen Glauben zwei große Gefahren: der vom Westen kommende Sozialismus und der Unglaube.

Wir selbst halten fest an dem heiligen apostolischen Stuhle, uns werden Versuchungen von dem von Christus dem Herrn gewiesenen Wege nicht abbringen. Niemand empfindet den Wert des heiligen Glaubens mehr, als der, welcher Verfolgungen erduldet. Wir sind sehr unglücklich, unsere ganze Hoffnung beruht deshalb in Dem, welcher stärkt und tröstet, in Jesu Christi, welcher in dem allerheiligsten Sakramente in den Altären unserer katholischen Kirchen gegenwärtig ist.

Um uns also ist uns nicht bange, aber mit Angst blicken wir auf unsere Kinder und beunruhigt müssen wir fragen, ob auch sie dem Glauben unserer Väter treu sein werden, ob nicht auch sie den so ungestüm gegen das junge Geschlecht anstürmenden Versuchungen des Unglaubens erliegen werden.

Unsere Befürchtungen sind in dieser Hinsicht sehr ernst und begründet.

Wir sehen nämlich von Tag zu Tag klarer auf die immer größere Gleichgültigkeit im Glauben dieser Jugend, welche von der Schule gezwungen wird, die heiligen Glaubenswahrheiten in einer fremden, nicht in der Muttersprache zu lernen. Seit einer Reihe von Jahren beseitigt das preußische System unsere Muttersprache aus dem Religionsunterricht in immer mehr Schulen, von den höheren zu den

untersten Klassen herabsteigend. Unsere Kinder haben von diesem Unterricht auch nicht den geringsten Nutzen, im Gegenteil — darin ein Unrecht gegen ihre Gefühle und ihre Seele erblickend, bringen sie Abneigung und Widerwillen dem heiligen Gegenstande selbst entgegen. Das Herz blutet uns, wenn wir die Geringschätzung der Wahrheiten Christi durch die Kinder, deren Sittenverwilderung und deren zwar unbewußte, aber so schmerzlich die religiöse Gleichgültigkeit der kindlichen Seele aufdeckende Gotteslästerung sehen.

So lange der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt wurde, so lange die Schule zusammen mit der Kirche an der religiösen Erziehung der Kinder arbeitete, wurde die Jugend, durch die innige Liebe dieser beiden Mütter erwärmt, von der Heiligkeit der Religion und des Glaubens durchdrungen.

Nun aber das preußische System dieses heilige Bündnis gebrochen und, entgegen den Grundsätzen der Kirche — wie uns dies in seinem letzten Rundschreiben vom 8. Oktober v. J. unser unvergeßliche Erzbischof dargelegt und erklärt hatte — entgegen den Bitten der Eltern und den in die Erscheinung tretenden gefährlichen Früchten dieses Systems, sogar unsere heiligsten Gefühle nicht berücksichtigen will, bemächtigte sich Schmerz und Verzweiflung unserer Herzen.

Wohin sollen wir uns in dieser Not, in diesem bitteren Schmerz unserer Herzen wenden, wenn nicht zu Deinen Füßen, heiliger Vater, wem sollen wir die Klagen unserer gequälten Herzen vorbringen, wenn nicht Dir, Du Statthalter Christi, dessen väterliches Herz niemanden — um so weniger die Armen und Verfolgten — von sich zu stoßen fähig ist.

Verwaist durch den Tod des in Gott ruhenden Herrn Erzbischofs, nahen wir im Namen von Millionen Dir und der heiligen Kirche treuer Katholiken mit der innigsten Bitte, die von Hunderttausenden unterschrieben ist, welche um die religiöse und sittliche Zukunft ihrer Kinder besorgt, an Dein Herz, heiliger Vater, sich drängen. Unter Deinen mächtigen Schutz, gestärkt durch die kindliche Liebe, stellen wir das Schicksal der unsterblichen Seelen unserer Kinder und unter demütigster Bitte um Segen für uns und unsere Kinder geloben wir Dir, Du Statthalter Christi, erneut ewige Treue.

Aus Nr. 48 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 27. Februar 1907:

In Sachen des Breschener Fonds.

Entsprechend der von uns gestern gebrachten Mitteilung, daß wir auf die Angelegenheit, betreffend die Tätigkeit des über den Breschener Fonds disponierenden Komitees zurückkommen würden, berichten wir folgendes:

Wir haben dafür gesorgt, daß man uns die allgem. Daten und Ziffern zusandte, die vor der endgültigen Bekanntgabe des Berichts und der Bilanz schon die ganze Sache aufklären können.

Zu Händen des Schatzmeisters des Komitees flossen bis zum 31. Dezember 1901 aus dem Großherzogtum Posen, Galizien, dem Königreich Polen, Amerika, der Türkei, Italien und Böhmen zusammen ein 17 258,15 Mk.

Von den Redaktionen der Blätter der drei Landesteile, sowie von amerikanischen und französischen Blättern. 173 335,74 Mk.

190 593,89 Mk.

Hierzu kommen die Zinsen von den Depositen und Wertpapieren ... 8 030,95 Mk.

Sa. 198 624,84 Mk.

Von dieser Summe wurde ausgegeben:

1. Für die Verurteilten, zum Unterhalt ihrer Kinder während der Verbüßung der Gefängnisstrafe, für die mittelbaren Opfer, für Gerichts- und Verteidigungskosten, sowie für Porto, Utenfilien, Baukosten 100 308,11 Mk.

2. Verteilt an die Schulkinder auf Depositenbücher 84 239,28 Mk.

3. Entsprechend dem Wunsche der Spender

a) für die Thorner Gymnasialkosten 7 623,51 Mk.

b) für den Fonds des jungen Nachwuchses im preussischen Landesteil 6 453,94 Mk.

Sa. 198 624,84 Mk.

In übereinstimmung mit der Bekanntmachung des breiteren Komitees vom Dezember 1901 wurden die Sammlungen für die Breschener Opfer am 31. Dezember jenes Jahres geschlossen und man bildete aus den vom 1. Januar 1902 ab einlaufenden Beiträgen einen Fonds für den jungen Nachwuchs im preussischen Anteil.

Aus diesem Fonds wurden den Opfern des Schulsystems in Preußen Beihilfen gewährt, und zwar der Jugend aller wissenschaftlichen Anstalten, vorwiegend soweit sie aus politischen Gründen verwiesen worden und ihr aus diesem Grunde die Gewinnung einer anderen Beihilfe für die weitere Ausbildung erschwert oder verschlossen war.

Dieser Fonds betrug mit den aus dem Breschener Fonds überwiesenen 6 453,94 Mk. sowie mit den Zinsen 37 294,09 Mk.

Es wurden Beihilfen gewährt mit Einschluß des Portos, den Bankkosten usw. 34 722,19 Mk.

Die verbliebene Summe von .. 2 571,90 Mk. beschloß das Komitee der kulturellen Sektion des Strazvereins als eisernen Fonds zu überweisen.

Soweit man uns mitteilt, sind alle Bücher von einem vereideten Bücherrevisor geprüft worden. Jede der Personen, welche aus dem Fonds Nutzen gezogen haben, hat besondere Akten, in denen sämtliche Beweise und Quittungen enthalten sind. — In den Akten der Piaſiecka befinden sich auch die genauesten Beweise für die Tätigkeit der Personen, die sich ihrer in Lemberg angenommen haben.

Aus Nr. 45 des Postep (Posen)

vom 23. Februar 1907:

Glinſko bei Schmiegel im Februar.

Ich wundere mich, daß Leute über Dinge schreiben, die sie gar nicht kennen. Es handelt sich um die in

Nr. 39 des Postemp veröffentlichte Korrespondenz, mit Bezug auf den Austritt von angeblich in Koczanowo bei Schmiegel wohnhaften Landwirten aus dem „Straz-Verein“. Der Korrespondent hat läuten hören, doch er wußte nicht in welcher Kirche; denn vor allem gibt es überhaupt kein Koczanowo bei Schmiegel, vielleicht soll das Kufzanowo heißen. Die Sache ereignete sich aber nicht in Kufzanowo, sondern in Glinſko. Die genannten Namen der Landwirte sind ebenfalls falsch, denn es gibt in Glinſko keinen Katakajak, keinen Wonsik, sondern einen Wonsiak.

Die genannten Landwirte sind nicht dem Landrat zu Gefallen aus dem „Straz-Verein“ ausgetreten, sondern zum Wohle der Gemeinde; denn unser kleines Dorf hat schon genug Lasten zu zahlen, wie sie kaum ein größeres Dorf hat. Obendrein müssen wir den staatlichen Schulzen aus Schmiegel teuer bezahlen. Um diese unnötigen Kosten loszuwerden, werden wir gezwungen sein, aus der „Straz“ auszutreten; denn ich glaube, daß es besser sein wird, dies zu tun, als die Gemeinde unnötigen Kosten aussetzen. Diese übermäßigen Gemeindelasten könnten noch böse Folgen nach sich ziehen, da man gezwungen wäre, seine Landwirtschaft mit Schulden zu belasten oder, falls man weiteren Widerstand leisten wollte, an die Ansiedlungskommission zu verkaufen.

Die „Straz“ macht in den Zeitungen bekannt, man sollte sich in Sachen des Schulstreiks an den Vorstand wenden; ich tat dies, doch hat mir die „Straz“ nicht geholfen, und ich habe infolge ihrer Gnade anstatt 4 Mark 16 Mark bezahlt. Ich glaubte, daß die „Straz“ diese Sache verteidigen wollte und bekam die Antwort, daß ich meinen eigenen Anwalt nehmen solle. So viel Gnade hatte ich von der „Straz“.

Was die politischen Angelegenheiten anbelangt, so stehen wir bedeutend höher als dieses Herrchen, das uns beschrieben hat; denn wir haben es bereits soweit gebracht, daß unsere Kinder Religion in polnischer Sprache lernen, diese großen Politiker bekommen dies aber nicht fertig.

In der Gemeinde hat man uns deshalb Ämter anvertraut, weil wir diese Sache gut verteidigt haben und fernerhin verteidigen werden.

Hochachtungsvoll

Josef Katakajski.

(Wir haben obige Berichtigung, welche insofern berichtigt ist, als die Sache selber sich in Glinſko ereignet hat, und die Namen falsch angegeben waren, veröffentlicht. Mit den in der Korrespondenz angeführten Ausführungen können wir uns nicht einverstanden erklären; denn wenn wir so alle handeln wollten, dann würde es schließlich dazu kommen, daß kein Pole einem polnischen Verein angehören könnte. Denn wenn man heute den Austritt aus der „Straz“ verlangt, um Gemeindeämter verwalten zu können, so könne man später, falls man irgend ein Amt in der Gemeinde bekommen wollte, den Austritt aus dem „Landwirtschaftlichen Verein“ verlangen. Weiß Gott, was man nicht alles von der „Straz“ verlangt, — man hat wohl gewiß eine Mark bezahlt. R.)

Aus Nr. 45 des Lech (Gnesen)

vom 23. Februar 1907:

Wir erhielten vom Propst Piotrowicz folgende Aufklärung:

Manche Blätter brachten die Nachricht über meine Absichten, nach Stalmierzycze überzusiedeln.

Zunächst bemerke ich, daß diese Sache durchaus noch nichts Gewisses ist.

Ferner gebe ich, um ungerechtfertigten Vermutungen vorzubeugen, folgende Aufklärung:

Niemals habe ich mich um irgend welche besseren oder bequemen Stellen bemüht. Auf dem gegenwärtigen, schweren Standpunkte meine Ohnmacht fühlend, hatte ich die eine Freude, daß ich die hiesige Stellung nicht meinen eigenen Bemühungen, sondern einzig und allein dem Willen des verstorbenen Erzbischofs Florian verdanke. Ich bin nicht aus anderen Gründen hierher gekommen, sondern ich bin lediglich gehorsam gewesen. Ich wollte das mir durch die Vorsehung bestimmte Feld auch nicht eher verlassen, bis ich sehen werde, daß dies der ausdrückliche Wille Gottes ist. Deshalb habe ich nicht gesucht, ich habe mich selbst niemals bemüht, obgleich meine geistlichen Freunde meine Entschlossenheit in dieser Beziehung als unbegründet erachtet haben. Diese haben auch, weil sie die unermesslichen Schwierigkeiten meiner Stellung gesehen, welche die Lebenskräfte immer mehr erschöpfen, Schritte unternommen, infolge deren ich gegenwärtig die Anwartschaft auf Skalmierzycze besitze.

Meine Bewerbung um Skalmierzycze war sehr spät und geschah einzig und allein mit Rücksicht auf meine erschöpften Kräfte und durch die wachsenden Bedürfnisse und Schwierigkeiten der hiesigen Pfarochie.

Ich arbeite in der Pfarrparochie in Gnesen 9 Jahre, und 16 Jahre meines seelsorgerischen Wirkens verbrachte ich in schwierigen und große Arbeit erfordernden Stellungen.

Ich flüchte nicht, ich suche weder Bequemlichkeit noch Karriere. So lange ich Kraft und Leben habe, will ich überall für die Kirche und für mein Vaterland arbeiten, und überall ist die Arbeit nötig, überall kann man sie finden. Sich aber an eine Pfarochie zu halten, wenn die Kräfte zur Erfüllung der Pflichten nicht ausreichen, das wäre gegen das Gewissen. Eine Pfarochie ist keine Stelle, sondern Pflicht.

Meine lieben Parochianen, unter denen mir Gott erlaubte, mir so viel unverdiente Anhänglichkeit zu erwerben, werden meine Gründe sicherlich verstehen. Hier mußten selbst Starke nach mehrjähriger Arbeit das Feld räumen. Kein Wunder, daß auch meine schwachen Kräfte eine Veränderung nötig werden lassen. Ob es dazu kommen wird, das ist eine andere Frage.

Gnesen, 21. Februar 1907.

Mit Hochachtung
Propst Johann Piotrowicz.

Aus Nr. 47 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 26. Februar 1907:

Aus dem Kampfe um die polnische Religion.

In Sachen der Entlassung von Gymnasiasten, schreibt uns unser Reichstagskorrespondent aus Berlin:

Die Entlassung von Brüdern und Verwandten der streitenden Kinder aus den Gymnasien hat, nachdem es unmöglich war, eine entsprechende Intervention wegen Mangels der notwendigen Unterschriften und einer Unterstützung im Abgeordnetenhaus einzubringen, Veranlassung dazu gegeben, daß Prälat v. Jazdzewski, namens der polnischen Fraktion in dieser Beziehung bei dem Minister Studt vorstellig geworden ist.

Diese Konferenz, an welcher auch die Ministerialdirektoren der Schulabteilung Schwarzkopf und Matthias teilgenommen haben, hat zu dem erwünschten Resultat nicht geführt.

Der Minister und seine Gehilfen erklärten, daß die durch das Schulkollegium angeordneten Entlassungen der betreffenden Schüler nicht zurückgezogen werden können, es sei denn, daß der Schulstreik aufgegeben werde.

Aus den Einzelheiten dieser Konferenz kann vielleicht soviel gefolgert werden, daß der Regierung sehr viel daran gelegen ist, daß der Streik aufhört, und namentlich daran, damit es infolge des Streiks nicht zu einem neuen Kulturkampfe komme, welcher möglicherweise in einem größeren Umfange ausbrechen könnte, falls der katholischen Kirche und ihren Geistlichen das Recht des Religionsunterrichts und der Vorbereitung der Kinder zu den Sakramenten in ihrer Muttersprache, im Sinne der Grundsätze und Tradition dieser Kirche, genommen würde.

Im Landtage wird diese ganze Sache bei den Erörterungen des Stats des Kultusministeriums, welche wahrscheinlich erst nach den Osterferien beginnen werden, vorgebracht werden.

Aus Nr. 48 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 27. Februar 1907:

Aus dem Kampfe um den Religionsunterricht.

Aus Anlaß des Referats unseres parlamentarischen Berichterstatters über die Konferenz mit dem Minister in Sachen der Ausweisung polnischer Gymnasiasten erhielten wir heute von dem Landtagsabgeordneten Prälaten v. Jazdzewski nachstehendes Schreiben:

Schroda, 25. Februar 1907.

Gehrte Redaktion!

Die in der Zuschrift betreffend meine Konferenz im Kultus-Ministerium enthaltenen Mitteilungen sind nicht in jeder Hinsicht genau.

Um zu erfahren, aus welcher Quelle die Verfügung betreffend die Ausweisung von Gymnasiasten stammte, wandte ich mich an den Dezernenten in Angelegenheiten der Posener Gymnasien, Herrn Geheimrat Dr. Matthias, der mir mitteilte, daß dies Mittel zwecks Bekämpfung des Streiks in den Volksschulen hervorgerufen worden sei durch den Antrag der Provinzialschulkollegien, und daß das Ministerium es bestätigt habe.

Da die Beseitigung oder Linderung dieses Mittels nur vom Minister selbst abhängt, konferierte ich in dieser Angelegenheit mit dem Ministerialdirektor Herrn Dr. Schwarzkopf und besonders mit dem Minister Herrn v. Studt, welcher die Beweggründe für die einschlägige Verfügung erörterte und bei Besprechung der Sache erklärte, er sei bereit, die Verfügung bezüglich der Schüler zurückzuziehen, deren Eltern den Streik ihrer Kinder in den Volksschulen nicht weiter fördern würden.

Davon wurden diejenigen Interessenten in Kenntnis gesetzt, welche in dieser Angelegenheit die Intervention eines der Mitglieder der Fraktion nachgesucht hatten. Die Fraktion stellte der eigenen Erwägung der Eltern anheim, was sie jetzt zu tun gedächten.

Die Schlußfolgerungen, welche der Korrespondent aus den angegebenen Einzelheiten der Konferenz mit dem Kultusminister gezogen hat, sind lediglich eigene, persönliche, zum Teil aus meinem Referat nicht resultierende.

Die Angelegenheit des Schulstreiks wird selbstverständlich im Abgeordnetenhaus eingehend besprochen werden.

Hochachtungsvoll
Pfarrer L. v. Jazdzewski.

Aus Nr. 46 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 24. Februar 1907:

Nach zwei Fronten hin.

Die Regierung wirkt in Sachen des Schulstreiks nach zwei Fronten hin: gegen die polnische Gesamtheit sowie in der Richtung des Vatikans und der kirchlichen Diözesal-Behörden.

Die diplomatische Aktion Berlins beabsichtigt, was in der Natur der Sache liegt, in erster Linie die kirchliche Behörde von der polnischen Gesamtheit abzutrennen. Es muß der Regierung daran gelegen sein, daß die kirchliche Behörde in Sachen des Streiks nicht aktiv auftritt. Hat doch ein derart gemäßigter Akt, wie es das letzte Rundschreiben des verstorbenen Erzbischofs von Stabilewski war, stark auf das Volk eingewirkt. Die Regierung begreift es recht gut, welchen Gang die Sache nehmen würde, wenn sich die kirchliche Behörde der Staatsbehörde in der Weise widersetzen würde, wie sie es zurzeit des ersten Kulturkampfes getan hat, und sie wendet deshalb alle Kräfte an, um der kirchlichen Behörde die Hände zu fesseln und den Mund zuzumachen. Diese Bemühungen bleiben nicht ohne Erfolg, um so mehr, da die Regierung gegenwärtig eine sehr gute Waffe in Gestalt des verwaisten erzbischöflichen Stuhles in der Hand hat. Wir wissen dies alle recht gut; es wissen dies am besten die Eltern der widerspenstigen Kinder, die Geistlichen und Redakteure, denn nur sie, und niemand anders zahlen die materiellen Kosten des Schulstreiks.

Es bleibt aber noch die moralische Seite. Bis jetzt erlitt das preußische System auf dem gegenwärtigen Kampfsplatz um den Religionsunterricht lauter moralische Niederlagen.

Es kann ja selbst kein preußischer Minister verneinen, daß das preußische System, gegenüber dem Standpunkte des polnischen Volkes, seine ganze moralische Schwäche wahrgenommen hat. Es mangelt ihm geradezu an moralischen Mitteln, den Streik zu brechen und deshalb hat es den Kampf auf das Feld der wirtschaftlich-materiellen Verhältnisse verlegt. Nachdem die preußische Regierung bisher so viele moralische Niederlagen erlitten hat, muß sie den ganzen Apparat ihrer Einflüsse in Bewegung bringen, um in Zukunft wenigstens mit möglichst geringen moralischen Kosten sich aus der Schlinge zu ziehen. Und dieses Ziel hat ebenfalls die gegen den Vatikan und die Posener Dominikel gerichtete diplomatische Aktion Berlins im Auge. Es geht der Regierung darum, die geistliche Behörde zu veranlassen, auf Bedingungen einzugehen, die dem preußischen System die Möglichkeit geben, einen nicht kompromittierenden Ausweg zu finden.

Je länger der Streik währt, in einer um so schwierigeren Lage befindet sich das preußische System; dieser sich ausdehnende Kampf mit „Kindern“ ist für die Würde eines so vortrefflich organisierten Staates beleidigend. Die Regierung muß also einen Ausweg suchen. Unsere gestrigen Berliner Informationen in dieser Sache vervollständigen wir noch durch nachstehende Nachricht: Unsere Abgeordneten sollen angeblich unmittelbar aus Ministerkreisen die Aufklärung erhalten haben, daß, falls der Streik aufhören und die Gesamtheit sich mit der heutigen Lage der Dinge einverstanden erklären werde, die Regierung zu weitgehenden Zugeständnissen der Kirche gegenüber bereit sei; sie sei bereit, eventuell einen Tag in der Woche zu dem von der Geistlichkeit erteilten Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten zu widmen. Wir teilen diese Nachricht unter vollem Vorbehalt mit. Selbst wenn diese Nachricht nicht ganz genau wäre, so wirft sie doch ein sonderbares Licht auf die politische Stimmung, welche in den Berliner Regierungskreisen herrscht.

Diese Stimmung steht durchaus nicht in logischem Widerspruch zu der Tatsache, daß die Regierung gerade gegenwärtig aus dem Arsenal ihrer staatlichen Mittel immer radikalere Waffen zum offenen Kampf mit der polnischen Gesamtheit herausholt. Im Gegenteil, eine derartige Aktion nach zwei Fronten hin stellt ein sehr einheitliches und tief durchdachtes Ganze dar. Die diplomatische Aktion den kirchlichen Behörden gegenüber steuert nicht nur auf ihr unmittelbares Ziel los, sondern sie ist zugleich ein Hilfsmittel im Kampfe mit der Gesamtheit. Ebenso soll auch der wahnsinnige Druck auf die Gesamtheit diese nicht nur unmittelbar niederdrücken, sondern gleichzeitig als Mittel dazu dienen, durch seine Resultate bei der kirchlichen Behörde die Neigung zu Zugeständnissen zu erwecken. Man kann wohl sagen, daß, je mehr die Verhandlungen Berlins mit dem Vatikan realere Form annehmen werden, der Druck auf die Gesamtheit um so stärker sein wird, um möglichst günstige Bedingungen zu erlangen.

Über die sich verschärfende Form des Kampfes seitens der Regierung beweist noch etwas anderes. Sie beweist, daß alle bisherigen Mittel des preußischen Systems versagt haben. Wie wir bereits bemerkt haben, fühlt die Regierung ihre moralische Ohnmacht. Seit längerer Zeit schon kämpft sie gegen die materielle Grundlage des polnischen Volkes; aber das Mittel der letzten Zeit, das ist schon der Akt einer augenscheinlich aufs äußerste gelangten Regierung.

Welche Antwort wird die Gesamtheit geben?

Wir bedauern, daß wir diese Antwort nicht durch Veröffentlichung einiger auf unserem Redaktionstische liegender Korrespondenzen von Geistlichen sowie von weltlichen Personen charakterisieren können. Die Regierung würde interessante Sachen erfahren und auch für die geistliche Behörde wären diese Korrespondenzen nicht ohne Bedeutung. Leider hindert uns die Empfindlichkeit der Staatsanwaltschaft daran, diese charakteristischen Beigaben zur Illustration der Denkungsart der heutigen Gesamtheit zu publizieren.

Wir sagen nur soviel, daß die preußische Regierung — wenn wir uns so ausdrücken sollen — die strategischen Fähigkeiten unseres Volkes unterschätzt. Dieses Volk hat seinen eigenen Instinkt, seinen Bauernverstand; es weiß, was ihm dieser Verstand heute, was morgen, was übermorgen, was unter diesen oder anderen Umständen zu tun befiehlt. Wenn die Regierung glaubt, daß sie mit dem polnischen Volke morgen fertig wird, so kann sie übermorgen eine Enttäuschung erfahren. Das ist selbstverständlich nicht unsere Sorge, sondern die Sorge der Regierung.

Aus Nr. 42 des Gonice Wielkopolski (Posen)
vom 20. Februar 1907:

Das Los der polnischen Lehrer.

Ein Bruder für den anderen bestraft.

Frau Brzozowska in Bronke, deren Sohn in der Präparandenanstalt in Rogasen war, erhielt nachstehendes Schreiben, das wir hier als überaus charakteristisch wörtlich wiedergeben:

Königliche
Präparanden-Anstalt
Rogasen.

Rogasen, den 3. 4. 07.

I. Nr. 33/07.

An
Frau Fleischermeister Brzozowski
Bronke.

Ich bin gezwungen, Ihnen mitzuteilen, daß das Königliche Provinzial-Schul-Kollegium die Absicht hat, allen Schülern, deren Geschwister an dem deutschen

Religionsunterricht fernerhin nicht teilnehmen, aus den Anstalten zu entlassen. Dieses Schicksal würde auch Ihren Sohn Stanislaus treffen, wenn sein jüngerer Bruder, der die Volksschule in Bronke besucht, sich weiter am Schulstreik beteiligt. Ich rate Ihnen daher, schleunigst dafür zu sorgen, daß Ihr Sohn in Bronke wieder am Religionsunterrichte teilnimmt. Senden Sie mir baldigst ein Zeugnis des Hauptlehrers der dortigen Schule ein, daß Ihr Sohn sich an dem Schulstreik nicht mehr beteiligt, dann wird voraussichtlich Ihr Sohn Stanislaus auch wieder Unterstützungen erhalten wie die anderen Präparanden.

Ulbrich, Vorsteher.

Bekanntlich erhalten die Präparanden in den Anstalten Unterstützungen seitens der Regierung, Frau Brzozowska richtete sich nicht nach dem Wunsche des Leiters der Rogasener Präparandenanstalt, und ihr sechzehnjähriger Sohn wird zu einem anderen Berufe übergehen und nicht Lehrer werden.

Der Lehrerberuf ist in den heutigen Zeiten für einen Polen nicht verlockend. Darum wird es auch der junge B. bestimmt nicht bedauern, daß er auf solche Weise dem Schulmeisterberuf den Rücken fehrte, wie dies bereits sehr viele früher oder später getan haben. Diejenigen, welche sich bald besonnen und hingingen, ihr Brot auf andere Weise zu suchen, sind dabei gut gefahren. Andere, die Lehrer geworden sind, beklagen ihr Los bitter, aber was sollen sie im späteren Alter anfangen? Noch andere, welche dem Druck von oben gegenüber nicht willfährig sein wollten, wurden gestürzt. Die aber, welche Preußen geworden sind, welche „Zulagen“ erhalten, will die Familie und die Volksgesamtheit nicht kennen.

In solche Bedrängnis gerät ein Pole, der sich heut dem Lehrerberuf widmet.

Man kann sich nur darüber wundern, daß es noch polnische Eltern gibt, die ihre Söhne diesem Berufe zuführen.

Dies erklärt sich damit, daß die Regierung es durch Beihilfen erleichtert, die Söhne durch die Präparanden und die Lehrerseminare hindurch bringen.

In die Präparandenanstalten nimmt man gewöhnlich bessere und fähigere Knaben auf; doch gerade solche können in anderen Berufen sich eine ungleich bessere und freiere Zukunft erkämpfen. Darum sollten die Eltern den fürs erste den Knaben gewährten Unterstützungen kein großes Gewicht beimessen. Man sollte vielmehr an das künftige Los des Kindes denken, daran, was zu seinem späteren Glücke gehört.

Ist es nicht besser, für die Knaben mehr unabhängige Berufe zu wählen, als sie einem bestimmten schweren Lose, dem Kampfe gegen die eigenen Überzeugungen oder der Gefahr des Sichernationalisierens auszusetzen? Trifft man mit polnischen Lehrern zusammen, so hört man oft schimpfen und z. B. folgende Äußerung: „Lieber auf der Chaussee Steine klopfen als daß ein Pole preußischer Lehrer wird.“

Aus Nr. 43 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 21. Februar 1907:

Aus dem Kampfe um den polnischen Religionsunterricht. Wichtige Mitteilung.

Von einer angesehenen und glaubwürdigen Person im Regierungsbezirk Marienwerder erhalten wir nachstehendes:

Der Lehrer A. aus A., der sich um die Stelle des ersten Lehrers an der dreiklassigen Schule in A.

bewarb, erhielt von der königlichen Regierung Bescheid in dem Sinne, daß er die Stelle nur unter der Bedingung erhalten könne, wenn er die polnische Sprache soweit gut beherrsche, um auf der Unterstufe den polnischen Kindern Religionsunterricht in deren Muttersprache erteilen zu können. Alles übrige kann man sich leicht hinzudenken.

Aus Nr. 46 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 24. Februar 1907:

Die Handlungsweise eines deutschen Großgrundbesizers gegenüber streikenden Kinder.

Große Entrüstung rief in Rußland die kolportierte und sowohl von Polen, als auch von Deutschen lebhaft besprochene Mitteilung hervor, daß Herr Hirsch, der Besitzer des Guts Lachmirowice, Kreis Strelno, seine Dominiante aufgefördert habe, binnen 14 Tagen den Schulstreik einzustellen, widrigenfalls sie ungehäumt den Dienst und die Stelle verlieren würden. Es ist dies mithin bei den privaten Besitzern bestimmt der erste Fall, in welchem ein Besitzer auf das Gewissen derjenigen einen Druck auszuüben sucht, welche im Schweize des Angesichts redlich bei ihm und für ihn arbeiten, welche ihm augenscheinlich nach der preußischen Ethik nicht nur die Arbeit ihrer Muskeln, sondern auch die Überzeugung und das Gewissen verkauft haben.

Hinzugefügt muß werden, daß Herr Hirsch in der Zuckerfabrik in Montwy, die auch Polen gehört, die Stelle gewissermaßen des zweiten Direktors einnimmt. Wir meinen, daß die polnischen Mitglieder ihre Pflicht tun werden.

Aus Nr. 48 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 27. Februar 1907:

Eine Attacke auf den polnischen Boden.

Gerade zu der Zeit, wo unsere Landwirte in der Generalversammlung des Landwirtschaftlichen Zentralvereins aufrichtig und gewissenhaft sich gegenseitig Rechenschaft darüber ablegen, was sie im verflossenen Jahre gelernt haben, um aus dieser Lehre für die Zukunft praktische Schlüsse zu ziehen, die Bodenkultur sowie das Niveau der sozialen Verhältnisse auf dem Lande zu heben, zu der Zeit, in welcher unser in den Rustikalvereinen organisierter Bauernstand zu einer ähnlichen öffentlichen bürgerlichen Gewissensabrechnung zusammentritt, bereiten unsere Feinde die rücksichtslosesten Attentate auf den polnischen Groß- und Bauerngrundbesitz, sowie zugleich auf den Grundsatz des Privatbesitzes vor.

Von dem Enteignungsprojekt haben wir gestern ziemlich speziell geschrieben, heute wollen wir auf die Sache zurückkommen, die vor kurzem in dem Aufruf des Schubiner Wahl-Komitees berührt worden ist.

Daß man den Großgrundbesitzern und Pächtern polnischer Güter, welche sich ausländische Arbeiter beschaffen wollen, die kategorische Bedingung stellt, vorher das polnische Volk zum Einverständnis mit dem Religionsunterricht in deutscher Sprache zu zwingen, ist eine doppelte Regierung der wesentlichsten konstitutionellen Grundsätze.

Zunächst hebt nämlich die erwähnte Bedingung die bürgerliche Gleichheit zwischen den polnischen und deutschen Gutsbesitzern auf. Letzteren ermöglicht, erleichtert man sogar die freie wirtschaftliche Entwicklung. Wir wiederholen, man erleichtert sie sogar, und sei es auch nur damit, daß man sie in eine bessere Lage

versetzt als ihre Konkurrenten, die Landwirte polnischer Nationalität. Wir erfahren auch, daß die einschlägigen Faktoren den deutschen Landwirten in spezieller Weise zu Hilfe kommen wollen, indem sie ausschließlich ihnen Arbeitskräfte aus den Reihen des Militärs zustellen wollen.

Und die Ursache dieser ganzen Aktion, welche natürlich so manchen polnischen Landwirt, besonders in Gegenden mit intensiver Wirtschaft, ruinieren müßte, die Ursache ist — eine rein politische Rücksicht, welche keineswegs den betreffenden Landwirt, sondern das auf seinem Boden arbeitende Volk betrifft. Wir erfahren übrigens, daß man die Einstellung ausländischer Arbeiter auch in einer Reihe solcher Ortschaften verboten hat, wo es überhaupt keinen Schulstreik gibt. Hier scheint schon der Umstand, daß der betreffende Landwirt als Pole geboren und Pole geblieben ist, ein Verbrechen zu sein.

Die Bedingung des Brechens des Streiks ist zweitens eine Regierung der wesentlichsten verfassungsmäßigen Grundsätze, weil man damit in die dörflichen Verhältnisse ein geistiges Sklaventum einzuführen sich bestrebt, natürlich nicht im Interesse des Gesetzgebers, sondern des preußischen Systems; denn auch den Arbeitgeber stößt diese Bedingung in geistige Knechtschaft, da sie ihm den Willen des preußischen Systems aufdrängt.

So sieht die preußische Freiheit und Kultur zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus! Es ist das natürlich ein Spielen mit dem Feuer! Vielleicht wird auch eher, als es den Segnern scheint, der Augenblick kommen, wo sie ihren Fanatismus bedauern werden. Das polnische Volk hat noch durchaus legale, aber ziemlich radikale Mittel, um den Hochmut derjenigen zu brechen, welche den breiten Rücken des preußischen Systems bilden. Mögen die deutschen Agrarier daran denken. Das polnische Volk denkt lange, ehe es sich zu einem entschiedenen Schritte entschließt, — sobald dies aber geschehen ist, weiß es seinen Standpunkt zu verteidigen mit heiliger Begeisterung und rücksichtsloser Hartnäckigkeit. Es scheint, daß sich unsere Feinde davon deutlich genug überzeugt haben.

Aus Nr. 42 des Lech (Gnesen)
vom 20. Februar 1907:

Vom Schulstreik in Gnesen.

Es ist bekannt, daß in unserer Stadt, am Grabe des heiligen Adalbert, an der Wiege Polens, der Schulstreik schon sehr abnimmt. Nur sehr wenige Kinder beharren noch im Widerstande, trotzdem sogar in den Dörfern und kleineren Städten die Kinder nicht nachgeben.

Man teilt uns aus der Stadt mit, daß viele Kinder aufgehört hätten zu streiken und daß sie trotzdem zum Arrest gingen. Gegen ein solches Verhalten muß man energisch protestieren, denn wenn das Kind dem Lehrer gehorjam ist — wir gehen nicht darauf ein, auf welche Weise das Kind zum Verlassen des Gehorjams gegenüber den Eltern gebracht worden ist — sollte mit demselben Augenblick die Bestrafung mit Arrest aufgehören. Sollen denn vielleicht die Kinder absichtlich weiter zum Arrest gehen, damit die Eltern von dem Ungehorsam der Kinder nichts erfahren?

Aus Nr. 42 des Lech (Gnesen)
vom 20. Februar 1907:

Oorka, 17. Februar 1907.

Der Streik fängt in unserem Orte an abzuflauen. Im Religionsunterricht antworten die Kinder dreier Wirte deutlich und zwar die der Herren Bosacki, Luczak und Raczmarek. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die Tochter des Herrn Raczmarek, welche das 14. Lebensjahr schon lange vollendet hat, nicht deutsch antwortet, obgleich alle ihre Geschwister den Anordnungen des Lehrers folgen. Auf die Frage des Schulinspektors Herrn Krueger, weshalb sie nur allein nicht antworte, während doch ihre Geschwister antworteten, erwiderte das Mädchen ganz dreist folgendes: „Deshalb weil man mich zu Michaelis nicht aus der Schule entlassen hat, und wenn ich noch zwei Jahre hindurch die Schule besuchen müßte, so ist mir das ganz gleich.“

Den drei Wirten, deren Kinder nicht streiken, scheint es zu einer Zeitung nicht zu reichen, obgleich sie sich selbst zu den reichsten und ersten Besitzern im Dorfe zählen. Sie loben sich selbst, daß sie, so lange sie nur Wirte seien, noch niemals eine Zeitung im Hause gehabt hätten. Es ist nicht schwer, sich vorzustellen, welche Finsternis in ihren Köpfen herrschen muß.

Es muß noch bemerkt werden, daß bei uns in der Schule nicht ein Wort polnisch gelehrt wird, selbst in den untersten Abteilungen nicht, und die Kinder müssen alle Tage 2 Stunden Arrest absitzen, sie müssen deutsche Verse auswendig lernen, wenn sie das nicht tun, dann bekommen sie 6 oder mehr Schläge auf die flache Hand und kehren weinend aus dem Arreste nach Hause zurück.

Aus Nr. 43 des Wielkopolanin (Posen)
vom 21. Februar 1907:

Ein Übel erzeugt das andere.

Vor einigen Tagen teilten wir mit, daß die Landwirte aus Wierzbaczewo bei der Regierung den Antrag um Änderung des altertümlichen Namens ihres Dorfes in Wilhelmsdorf gestellt haben. Wir haben hierüber unsere Meinung ausgesprochen und glaubten, daß die allgemeine Entrüstung, welche jenes Verhalten hervorgerufen hat, jene Landwirte von weiteren derartigen Schritten, welche in den Augen aller die schärfste Verdammung verdienen, abhalten würden.

Indessen erfuhren wir gestern aus glaubwürdigem Munde, daß jene Landwirte nicht nur den Namen ihres Dorfes geändert haben, sondern jetzt sogar ihre Landwirtschaften an die Ansiedelungskommission verkaufen wollen.

So erzeugt eine böse Tat die andere.

Jenen Landwirten ist es eine Schande, in einem Dorfe zu wohnen, dem sie freiwillig einen deutschen Namen geben wollen; darum wollen sie fortziehen, ohne darauf zu achten, daß sie der Mutter — dem Vaterlande, noch ein größeres Leid zufügen, daß sie das Land in Hände geben, aus denen es wohl in polnische Hände nie zurückkehren wird. Wird sich denn niemand finden, der diese Landwirte von dieser Absicht ablenken würde!

In Sachen des An- und Verkaufs drängen wir niemandem unsere Meinung auf; wir wissen aber aus den Beschreibungen, welche zu unseren Händen gelangt sind, daß die Landwirtschaften jener Landleute in der Mitte von Wierzbaczewo gelegen sind, — so „wie das Dotter im Ei“, wie einer von unseren Korrespondenten es vorzüglich bezeichnet hat.

Könnte der Gutsbesitzer von Wierzbaczewo dieses „Dotter“ nicht auskaufen?

Wir wissen, daß der Gutsbesitzer von Wierzhaczewo genug Land hat, also solches nicht begehrt; aber wir fragen, ob es ihm angenehm sein wird, wenn sich in der Mitte seines Gutes Ansiedler niederlassen werden.

Man teilt uns mit, daß jene Landwirte den Wert ihres Aekers überschätzen, und dennoch würden sie vielleicht, wenn ein Nachbar vermitteln und das Böse, das sie begehen wollen erklären wollte, am Preise nachlassen.

Es ist unmöglich, daß es kein Mittel gäbe, diese Landwirte vom Verkauf ihres Landes an die Ansiedlungskommission zurückzuhalten. —

In der Umgegend von Kazmierz geht es überhaupt nicht hübsch zu.

Es ist noch gar nicht lange her, daß wir für den Artikel: „Der Bauer im Cylinder und weißen Handschuhen“ eine bedeutende Strafe bezahlt haben — und der Cylinder und jene weißen Handschuhe sind entweder bei Kazmierz oder in Kazmierz selber erschienen. Wir haben ferner noch andere Mitteilungen erhalten, die nicht besonders vom Nationalgefühl mancher Landwirte aus Kazmierz zeugen, und jetzt kommt die Sache von Wierzhaczewo, eines ebenfalls in dieser Gegend gelegenen Dorfes dazu.

Wir haben das Empfinden, als seien seit dem unglücklichen Tode des verstorbenen Adalbert von Lubieniski aus Kionczyn, die nationalen Sachen dort sehr vernachlässigt worden.

Könnte nicht die „Straz“ dort den nationalen Geist kräftigen und beleben?

Obiges übergeben wir der Erwägung willig gesinnter Leute!

Aus Nr. 48 des Postep (Posen)

vom 27. Februar 1907:

In einer Korrespondenz aus Obornik heißt es unter anderem:

Der Radfahrer-Verein wurde nicht zum Verderb des Industrie-Vereins gegründet, wie sich der Korrespondent böswillig ausdrückt, denn böswillige Leute haben wir in unserem Obornik Gott sei dank sehr wenig, sondern zwecks unschuldiger Zerstreuung, des Sports, der Pflege des nationalen Gesanges usw. Man nahm den Namen „Radfahrer“ an, um die Ohren der Polizei nicht zu reizen, und damit der Verein von Zeit zu Zeit die Erlaubnis zu Ausflügen, Vergnügungen, oder wie jetzt im Karneval zu Liebhaber-Vorstellungen, die wir hier schon seit einigen Jahren nicht mehr hatten, zu bekommen.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 24 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 23. Februar 1907:

In Sachen der Petition an den Papst.

Der Pielgrzym fordert die Polen aus der Diözese Kulm und Ermland auf, parochialweise eine Petition folgenden Inhalts an den Papst abzuschicken:

„Heiliger Vater! Der Petition der gläubigen Katholiken aus den Diözesen Posen-Gnesen schließen sich auch die Polen der Diözesen Kulm und Ermland an.

Heiliger Vater! Gebiete den polnischen Kindern die Religion und überhaupt dem polnischen Volke das Wort Gottes in der Muttersprache verkünden!

Die Polen in der Parochie.....

in der Diözese.....

Aus Nr. 24 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 23. Februar 1907:

Aus dem Schulkampfe in der Brahegegend.

Über die Folgen des Schulkstreiks kurz berichtend, führt der Pielgrzym u. a. aus:

Wird dieses Martyrium nicht bald ein Ende haben? Ach wo! Wir können folgende neueste und glaubwürdige Nachricht mitteilen: Die Schulinspektoren sollen jetzt den Lehrern drohen, daß sie veretzt werden und die „Ostmarkenzulage“ verlieren würden, wenn in ihren Schulen der Streik weiter währte. Soll es in den Schulen noch schlimmer zugehen, als wie schon zugeht?

Man darf gespannt sein, was für Verhältnisse infolge dieses Umstandes eintreten werden.

Es laufen schon unbestimmte Gerüchte um, daß es zu einem Lehrerstreik kommen könnte. Warten wir es ab!

Aus Nr. 24 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 23. Februar 1907:

Aus der Diözese

wird uns mitgeteilt: Als ich mich in diesen Tagen in Löbau aufhielt, habe ich mich überzeugt, daß der Löbauer Prozeß auf das Volk einen ungeheuren Eindruck gemacht hat, — einen mächtigeren Eindruck als jegliche andere Agitation. Das zeigte sich auch in den letzten Versammlungen der Volksvereine und anderer Vereine. An der letzten Sitzung des polnischen Vereins in Löbau haben sich viel mehr Personen beteiligt, als in den früheren Sitzungen und in Neumark haben sich mehr denn 100 Mitglieder und Gäste eingefunden. Das ist die erfolgreichste Antwort auf diesen Prozeß.

Es wurde sogar auch erzählt, daß der zum Domherr ernannte Pfarrer Alofa infolge der im Laufe des Prozesses geäußerten Meinung, daß er der **Karriere wegen** den in Frage kommenden Aufruf mit den anderen Geistlichen nicht unterschrieben hätte, sich mit der ernststen Absicht trage, auf die neue Würde zu verzichten. Darüber freuen sich alle sehr, und er wird wieder von der früheren Ehre und Liebe umgeben, namentlich deshalb, weil er sich bis vor kurzem als Pole gezeigt hat, denn er ist auch jetzt noch Mitglied des Wahlkomitees und unseres „**Strazvereins**“. Man hat sich zwar erzählt, daß sich Pfarrer Alofa an der letzten Kaiser-Geburtstagsfeier als einziger Priester aus der Löbauer Gegend beteiligt und neben dem Vorsitzenden, dem lutherischen Superintendenten gegessen hat — aber das werden sich sicher nur böse Menschenzungen erdacht haben.

Aus Nr. 25 des Pielgrzym (Pielplin)

vom 26. Februar 1907:

Minister Studt

hat bei seiner Verteidigung auf die Interpellation der polnischen Fraktion im Reichstage geantwortet, es wäre nicht wahr, daß das Tridentiner Konzil angeordnet hätte, daß der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden solle. Diese Behauptung ist bisher mit Stillschweigen übergangen worden; aber damit es nicht den Anschein erwecke, als habe der Minister recht, so wollen wir uns einmal das Dekret der hl. Synode ansehen.

Wir lesen da in Sessio XXIV:

De Reformatione Cap VII. Ut fidelis populus ad suscipienda sacramenta majori cum reverentia atque animi devotionae accedat praecipit sancta Synodus episcopis omnibus ut... prius illorum vim et usum... explicent, sed etiam idem a singulis parochis... etiam lingua vernacula...

servari studeant, . . . juxta formam a sancta Synodo in catechisi . . . praescribendam; quam episcopi in vulgarem linguam fideliter verti . . . curabunt: necnon ut . . . eadem vernacula lingua . . . explanent“.

Also danach praecipit — befiehlt das hl. Konzil, es ordnet an, daß die Bischöfe dafür sorgen, daß die Geistlichen die heiligen Sakramente in der „lingua vernacula“ — in der Volkssprache, in der Muttersprache, auslegen. In dieser Sprache sollten die Katechismen herausgegeben und der Unterricht erteilt werden. Es muß auch noch hervorgehoben werden, daß das hl. Konzil auf die Anwendung der Muttersprache großes Gewicht legt. Die Präpöste sollen ihre Predigten „pie prudenterque, etiam lingua vernacula“ halten, d. h. „salbungsvoll und verständlich, aber gleichzeitig auch mit Berücksichtigung der Muttersprache“. Durch die Anwendung des Wortes „etiam“ wollte das hl. Konzil gewissermaßen folgendes zum Ausdruck bringen: „mögen sie auch nicht daran vergessen, die Muttersprache anzuwenden; das heben wir noch besonders hervor“.

Vielleicht möchte Minister Studt jetzt seine Behauptung widerrufen?

Aus den Blättern Oberschlesiens.

Aus Nr. 44 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 23. Februar 1907:

Die Begrüßung der polnischen Abgeordneten aus Schlesien

seitens der polnischen Fraktion war überaus herzlich. Dies geschah anlässlich der 85. Geburtstagsfeier des ältesten polnischen Landtagsabgeordneten Herrn Heinrich Szuman. Fast alle polnischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten waren zu dieser Feier erschienen.

Fürst Ferdinand Radziwill brachte dem verehrten Nestor des Reichstages die Glückwünsche dar und sprach dabei schöne Worte aus.

„Ich erscheine — sagte er u. a. — vor dem ältesten polnischen Abgeordneten mit unserer frischesten Frucht, und diese Frucht — sind unsere polnischen Abgeordneten aus Schlesien. Ich heiße sie im Namen aller von ganzem Herzen in unserer Fraktion willkommen, und ich drücke ihnen meine Verehrung aus, indem ich auf ihr und unseres Nestors Wohl das Glas erhebe.“

Der Abgeordnete Szuman erinnerte daran, daß diese nicht die ersten Abgeordneten aus Schlesien seien, die sich der polnischen Fraktion angeschlossen hätten. Schon in früheren Jahren hätten ihr Pfarrer Szafrański und der Bauer Gorzalka, beide aus dem altpolnischen schlesischen Landesteil, angehört. Er wies ferner auf die schwierige und mühevollen Aufgabe eines polnischen Abgeordneten, insbesondere in den heutigen Zeiten hin, allein nur gewissenhafte Erfüllung der Abgeordnetenpflicht könne der Sache allgemeinen Nutzen und dem Abgeordneten die Anerkennung der Wähler sichern. Laßt uns alle unsere Pflicht treu und ausdauernd erfüllen!

Im Namen der polnischen Abgeordneten aus Schlesien antwortete der Abgeordnete Pfarrer Skowronski. Er dankte für die lieben Begrüßungsworte, brachte dem Jubilar die Glückwünsche dar und versicherte, daß sich die jungen Abgeordneten bemühen werden, nach Kräften und bereitwilligst zum Wohle der Wähler zu wirken. Nachdem sich jetzt die ganze polnische Volksgesamtheit in Preußen durch die Abgeordneten in einer einzigen Fraktion vereinigt habe, könnten sie ihre Rechte desto nachdrücklicher und einmütiger verteidigen. Er brachte ein Hoch auf die polnische Fraktion z. H. des Fürsten Ferdinand Radziwill aus.

Schön sprach der Abgeordnete der Stadt Posen von Chrzanowski. In diesem Augenblick — führte er etwa aus — sehen wir in dieser Fraktion unseren alten schlesischen Landesteil. Daß sich hier schlesische Abgeordnete befinden, das habe das brave polnische Schlesien voll bewirkt, dem dafür Ehre sei! Weiter sehen wir Abgeordnete von der Ostsee, aus Westpreußen. Auch hier hätten die Volksscharen bei der Wahl bewirkt, was in früheren Zeiten mächtige Herrscher zu vollbringen nicht vermocht hätten. Die nationale Kraft des polnischen Volkes habe sich stärker erwiesen, als jede andere Macht. Daher erfülle ich als Vertreter der Stadt, die das Herz des polnischen Landesteils ist, eine liebe Pflicht, indem ich die Abgeordneten aus den verbündeten Landesteilen begrüße und ihnen zurufe: Lieben wir uns!

Während dieser ganzen Feier herrschte eine überaus gehobene und herzliche Stimmung. Zum ersten Male haben sich die Abgeordneten aus verschiedenen Gegenden zusammengefunden, ohne sich zum Teil vorher gekannt zu haben, und sie fühlten sich zusammen als eine Familie. Niemand fragte: Woher bist du? — sondern jeder sagte: Du befindest dich unter uns, daher bist du uns Bruder. Die schöne Feier berechtigt zu der Hoffnung, daß die Eintracht und Einigkeit unter den Abgeordneten eine feste Grundlage für ein nützliches Wirken der polnischen Fraktion bilden wird.

Aus Nr. 24 des Polak (Kattowitz)
vom 23. Februar 1907:

Warschaws Huldigung gegenüber den Wahlsiegern in Oberschlesien.

Zu Händen des Abgeordneten und Verlegers des „Polak“ Herrn Adalbert Korzantj ging von den nationalen Wählern aus Warschau folgendes Schreiben ein:

Wir am 10. Februar 1907 im Gebäude der Philharmonie versammelten Wahlmänner der Hauptstadt Warschau entbieten euch, schlesischen Brüdern, herzlichsten Gruß und den Ausdruck aufrichtiger Bewunderung für euren glänzenden Sieg, welcher die Frucht eures beharrlichen und unbeugsamen Kampfes um die nationale Wiedergeburt unseres uralten Pflaumenlandes ist. Ehre und Lob sei dir, schlesisches Volk, für deine Mannhaftigkeit und patriotische Aufopferung, Ehre sei euch, schlesische Brüder, dafür, daß ihr für die anderen Landesteile ein Muster nationaler Solidarität und Einigkeit in der Verteidigung unseres gemeinsamen Wohnhauses seid.

Der Vorsitzende: E. Czajkowski.

Die Beisitzer: J. Balinski, B. Kaminski, W. Kamocki, A. Klimczyk, S. Kurz, S. Lesznowski, J. Miroslawski, Geistlicher S. Poplawski, A. Zawadzki.

Der Schriftführer: J. Hebdzinski.

Aus Nr. 42 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 21. Februar 1907:

Betrifft Sokolfeiertag in Kattowitz.

Die für Sonntag, den 17. d. M. angekündigte Sokolfeiertag hat unter zahlreicher Beteiligung von Kameraden und Gästen stattgefunden. Pünktlich um 5 Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende Kamerad Szyperski die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache, in welcher er hervorhob, daß der heutige Tag ein wirklicher Festtag für unseren Sokolverein sei, obgleich wir dies äußerlich nicht kundgeben können, weil wir die Brudervereine, wie dies zu geschehen pflegt, nicht in Reih und Glied auf dem Bahnhof unter Musik-

begleitung willkommen heißen können, denn dies ist uns verboten; aber wir begrüßen und nehmen euch auf mit warmem Herzen, und wir danken euch, daß ihr euch so zahlreich eingefunden habt, wodurch ihr uns zu erkennen gabt, daß unsere Ziele gleich sind. — Nach Absingung des Sokolmarsches „Verschlafen und träge“ erstattete der Vorsitzende Szyperski Bericht über die 10 jährige Tätigkeit des Vereins. Wegen Raummangel werden wir diese Reden später wiedergeben.

Nach diesem Bericht trat eine kurze Pause ein, während welcher ein Skioptikon zu dem Vortrage „Über Kosciuszko“ mit Lichtbildern vorbereitet wurde. Der vortragende Kamerad Dr. Seyda stellte die Tätigkeit des Patrons unseres Sokoltums Thaddäus Kosciuszko in glänzendem Lichte dar. Von seiner Geburt anfangend, führte er die Zuhörer Schritt für Schritt in seine so reiche Lebenstätigkeit ein. Er stellte mit farbenprächtigen Worten diesen wahren Liebling des Volkes dar, indem er einen an die Schwester geschriebenen Brief vorlas, in welchem der Bruder ihr seinen Landbesitz vermachte, damit sie das Bauernvolk, das in Mittel gefesselte Volk, unter ihren besonderen Schutz nehme. Diesen Brief konnte jeder Anwesende lesen, denn das Licht warf ihn in großen Umrissen auf die Leinwand. Dieser Liebe zum Volke verdankte er auch, daß er mit dessen Hilfe moskowitzische Kanonen eroberte und so der Welt zeigte, daß das so viele Jahrhunderte bedrückte Volk unüberwältliche Kräfte besitze, und daß er im Verein mit diesem Volke auch gesiegt habe. Welcher Schmerz mußte dieses herrliche Herz erfassen, als es erfahren hatte, daß König Stanislaus sich der Targowitzer Konföderation angeschlossen hatte, und umgekehrt welche Freude ergriff ihn, als er auf dem Krakauer Ring-Platz unter dem Klange der Glocken und im Angesichte einer unzählbaren Volks- und Truppenmenge Gott den Schwur leistete, daß er für diese Nation bis zu seinem letzten Atemzuge kämpfen werde. Diesem Eide blieb er auch treu. Und als er der feindlichen Übermacht erlag und in die Gefangenschaft geriet, die ihm später in Freiheit umgewandelt wurde, verlor er den Mut nicht und glaubte an die Heiligkeit seiner Sache, für die er kämpfte. Als er nach dieser irdischen Irrfahrt unter dem Himmel der hohen Schweizerberge entschlief, ergriff das ganze Volk der eine Gedanke, ihm ein so dauerhaftes Denkmal zu errichten, daß es der Zahn der Zeit nicht vernichten werde. Und es wurde ihm mit den Händen der ganzen Nation von der Erde, für die er kämpfte und sein Blut vergoß, ein herrliches Denkmal, der sogenannte „Kosciuszko-Hügel“ bei Krakau aufgeschüttet. Seine Gebeine aber wurden in einem glänzenden Festzuge den Seinigen ins Mutterland gebracht, die er zu seinen Lebzeiten so liebte, und sie wurden in der Königsgruft auf dem Wawelberge zur letzten Ruhe gebettet.

Bilder, welche jene glänzenden Zeiten unserer Geschichte darstellten, durften nicht vorgeführt werden, aber sicherlich stellte sie jeder Hörer sich im Geiste vor und wird sie sein ganzes Leben im Herzen bewahren.

Im weiteren Verlauf der Versammlung las der Vorsitzende aus Gleiwitz und Breslau eingetroffene Telegramme vor, wonach folgende Sokolvereine ihre Glückwünsche darbrachten: Rozdzien-Schoppinitz, Königshütte und Brzezinka durch ihre Vertreter.

Im Namen des VI. schlesischen Gaues sprach der Vorsitzende Dr. Seyda, indem er dem Verein eine günstige Entwicklung wünschte und bemerkte, daß der Rattowitzer Verein nach verschiedenen traurigen Erfahrungen es erlebt hat, daß er sich endlich gut entwickeln könne, seitdem er einen Versammlungs-saal habe, und zwar den Saal, in dem wir gegenwärtig versammelt seien. Mit dem Wunsche, daß sich der Rattowitzer Sokolverein nach weiteren 10 Jahren durch einen

größeren Fortschritt hervortun möchte, schloß er seine Ansprache mit einem Hoch auf den Rattowitzer Sokolverein. Nach Absingung einiger Lieder mit dem Refrain „Lieben wir uns“ schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Anknüpfend an die Ausführungen des Gauvorsitzenden, könnte man wünschen, daß eine möglichst große Schar von Mitgliedern aus der Umgegend von Rattowitz dem Verein beitreten möchte. Der Sokolverein ist ein Verein, welcher nicht verlangt, daß jeder halbsbrecherische Zirkuskünste vorführen müßte, sondern er ist ein Verein, der das Turnen nur dazu pflegt, um die Volksgesamtheit wieder ins Leben zu rufen und sie körperlich und dadurch auch geistig stark zu erziehen nach der Sokollosung: „Im gesunden Leib ein gesunder Geist.“ Wer zum Turnen schon zu alt ist, den sollten die Monatsversammlungen anlocken, in denen Vorträge und fesselnde Plaudereien aus den verschiedensten Gebieten gehalten werden und in denen jedermann als Gast herzlich aufgenommen wird.

Hoch die Stirn, Kameraden, eingedenk der letzten Strophe unseres Vereinsliedes.

Drum vorwärts munter auf zu jenem weiten Fluge
Laßt uns unsere Fittiche für den Geist vorbereiten.
Nicht ein Sturm wird uns brechen,
Nicht ein Donner uns erschrecken,
Wenn dem Willen die Kraft gehorcht.
He, Sokolbrüder, geben wir ihm Kraft,
Auf daß er nach Bewegung verlange, auf daß er
sich erhebe und stehe.

Ein Sokol.

Aus Nr. 25 des Polak (Rattowitz)

vom 26. Februar 1907:

Aufruf!

Geehrte Landsleute!

Wie ihr schon aus den Zeitungen erfahren habt, hat sich in einer am 8. Februar d. J. abgehaltenen Versammlung das unterzeichnete Komitee gebildet. Sein Zweck ist die Ausbreitung von Aufklärungen mit Hilfe unentgeltlicher Vorträge für das Volk.

Die Vorträge werden alle Gebiete der Wissenschaft umfassen; wir nennen vor allem die Naturwissenschaften, soziale Wissenschaften, Geschichte, Geographie, Literatur und Kunst.

Dagegen ist die Besprechung jeglicher politischer Angelegenheiten ausgeschlossen. Zur Beteiligung an den Vorträgen fordern wir alle Landsleute aus Rattowitz und Umgegend auf, vor allem fordern wir auch unsere Frauen und die die Schule nicht mehr besuchende Jugend dazu auf.

Unsere Zeitungen, welche vor allem die Pflicht haben, politische und wirtschaftliche Fragen zu besprechen, sind beim besten Willen nicht imstande, euren geistigen Hunger völlig zu stillen. Wir sind daher überzeugt, daß ihr, geehrte Landsleute, die euch sich anbietende Gelegenheit, eure Kenntnisse und eure Aufklärung zu erweitern, scharenweise ausnützen werdet. Wir werden uns bemühen, daß die Vorträge in einer solchen Form vorgetragen sein werden, daß jeder von euch bisher noch so wenig Aufgeklärte sie verstehen und aus ihnen Nutzen ziehen wird. Zur Erreichung dieses Zweckes werden auch Lichtbilder beitragen, durch die ihr die wichtigsten Dinge aus fast allen Vorträgen in Augenschein zu nehmen imstande sein werdet.

Die Vorträge werden zu Rattowitz im großen Saale der „Reichshalle“ in den Wintermonaten allsonntäglich stattfinden. Es werden zwei $\frac{3}{4}$ Stunden währende Vorträge gehalten werden. Nach dem Vortrage steht jedem Hörer das Recht zu, den Vortragenden zu bitten, daß er ihm das, was er noch nicht verstanden hat, unverzüglich oder später privatim erkläre.

Die Vorträge sind, wie gesagt, unentgeltlich. Da jedoch, wie ihr gewiß verstehen werdet, die Veranstaltung der Vorträge mit Kosten verknüpft ist, und da uns besondere Fonds für diesen Zweck nicht zur Verfügung stehen, so bitten wir diejenigen unter euch, denen es ihre Mittel erlauben, freiwillige Beiträge in die Sammelbüchse zu tun, die am Saaleingang aufgestellt sein wird. Wir nehmen jede, selbst die kleinste Gabe an. Wir wenden uns auch an diejenigen Personen, die an den Vorträgen nicht werden teilnehmen können, namentlich an unsere geistliche, wie weltliche Intelligenz mit der Bitte, z. B. des unterzeichneten, Schillerstraße Nr. 1a wohnhaften Kassierers des Komitees Spenden zu richten.

Die ersten Vorträge werden wie folgt stattfinden:

1. Sonntag, den 3. März um 2 Uhr.
 - a) Adam Mickiewicz.
Vortragender: Redakteur Ruczyński.
 - b) Mondwanderungen.
Vortragender: Rechtsanwalt Dr. Siegmund Seyda.
2. Sonntag, den 10. März um 6 Uhr.
 - a) Gemälde Matejko's.
Vortragender: Rechtsanwalt Dr. Siegmund Seyda.
 - b) Von der Kohle.
Vortragender: Abgeordneter Adalbert Korfanty.
3. Sonntag, den 17. März um 4 Uhr.
 - a) Das Volk in den Dichtungen Johann Kasprowicz.
Vortragender: Redakteur Josef Siemianowski.
 - b) Die polnischen Könige.
Vortragender: Rechtsanwalt Dr. Stefan Adamczewski.
4. Sonntag, den 24. März um 6 Uhr.
 - a) Aus der polnischen Humoristik: Über Wilkonski. Vortragender: Wenzel Szyperski.
 - b) Vom Gelde.
Vortragender: Rechtsanwalt Dr. Wladimir Krzyzankiewicz.

Wir bemerken, daß die Vorträge ganz pünktlich beginnen, weil uns der Saal nur 2 Stunden zur Verfügung steht.

Rattowitz, den 22. Februar 1907.

Das Komitee
der Adam Mickiewicz-Volksvorträge.
Siegmund Seyda, Vorsitzender.
Dr. Andreas Mielecki, Dr. Peter Hylla,
Schriftführer. Kassierer.
Adalbert Korfanty. Wenzel Szyperski.

Aus Nr. 21 des Polak (Rattowitz)

vom 10. Februar 1907:

Bilder aus dem Kreise Kosel.

(Schluß).

Der Geistliche fuhr zur Versammlung nach Reinsdorf, wir dagegen zu unserer nach Boborschau einberufenen Versammlung. Dort angelangt, trafen wir eine Masse Volk an. Das Wirtshaus war gedrängt voll. Zwei Gendarmen halten die Ordnung aufrecht. In der Mitte sitzen an einem Tische die Lehrer, die den Wirt spielen und eifrig sprechen. Der Wirt will den

Saal nicht hergeben, denn der Herr „faroisch“ (Pfarrer) hat es nicht erlaubt. Man mußte unverrichteter Sache davongehen. Aber auch hier hatte sich das Volk überzeugt, daß es als Bürger zweiter Klasse gilt.

Es ist Wahltag. Heute wird der Kampf entschieden werden. Wir taten, was in unseren Kräften lag. Die Wahlzettel sind verteilt, die Vertrauensmänner sind überall tätig, vor allen Lokalen stehen sie mit Wahlzetteln da. In der Stadt herrscht ein schrecklicher Lärm, der Verkehr ist außerordentlich groß. Kurz vor 10 Uhr schicken wir unsere Leute mit Wahlzetteln vor die Wahllokale. Es vergeht keine Viertelstunde, und sie kehren erschrocken zurück. Die Koseler Spießbürger haben sie mißhandelt, ihnen die Wahlzettel aus den Händen gerissen und vernichtet. Sie rufen die Polizisten zu Hilfe, diese hatten aber nichts gesehen. Nach einiger Zeit schicken wir sie zum zweiten Mal hin, aber dasselbe Los begegnet ihnen. Schließlich gehen wir selbst vor die Wahllokale, Herr Korfanty und ein zweiter Landsmann. Noch einmal stellen wir unsere Leute auf, und wir heißen sie mit lauter Stimme stehen, denn alle haben gleiches Recht. Eine Volksmasse umringte uns und sah neugierig zu. Hinter uns hören wir unsere Namen. Wir treten an die Polizisten heran und machen sie auf ihre Pflichten aufmerksam, jedoch erhalten wir keine allzu höflichen Antworten. Wir traten etwa 100 Schritt zurück, und erst jetzt gewann die feige Volksmasse Mut und heulte, wie beutegierige Schakale. Die Fleischer schärfen ostentativ ihre Messer. Wir gelangten ruhig in das Hotel, später umringte die gaffende Menge das Hotel und bereitete uns eine Katzenmusik. Nach etwa einer Viertelstunde kehren unsere Leute von den Lokalen zurück, denn der Pöbel mißhandelte sie. Wir schreiben an den Landrat einen Brief, in welchem wir ihn auf das Verhalten der Menge und auf die unserer Gesundheit drohende Gefahr aufmerksam machen. Der Landrat verweist uns an den Bürgermeister. Wir übersenden an diesen eine sehr energische Epistel. Wir stellen unsere Leute mit Wahlzetteln wiederum vor den Wahllokalen auf. Eine halbe Stunde hatten sie Ruhe, dann wurden sie wiederum geschlagen, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre, sie trieb sie höchstens vom Bürgersteig herunter. Seit Mittag umringen ganze Volksmassen unser Hotel. Bald werfen Erwachsene, bald Hunderte von Kindern mit Eis und Schneebällen in die Fenster. Es mußten alle Fenster verriegelt werden. Gegen das Geheul und den Lärm konnten wir aber nichts ausrichten.

Es gab interessante Szenen. Jemand ein aus Thüringen gebürtiger Deutscher verläßt das Hotel. „Das ist Siemianowski“, brüllt der Pöbel, und alles, was lebt, bombadiert ihn mit Eischollen. Der Mensch hatte den ganzen Kopf voll Beulen. Es nähert sich uns ein anderer Deutscher und bittet um einen Wahlzettel für Siemianowski. „Ich hatte die aufrichtigste Absicht, für den Pfarrer Glowacki zu stimmen, aber dieses tollgewordene Vieh hat mich auf der Straße mißhandelt, da es mich für einen Polen hielt. Jetzt werde ich meine Stimme zum Trotz den Polen geben.“

Abends scheint das Weltende bevorzustehen. Ein tausendköpfiger Pöbel belagert unser Hotel und heult, als ob alle Teufel aus der Hölle in die Welt losgelassen worden wären. Sie suchen Tür und Fenster mit Gewalt zu erreichen. Sie wollen uns lynchen. Wir beginnen uns zu bewaffnen, womit jeder kann. Jeden das Hotel betretenden Polen mißhandelt und schlägt der tobsüchtige Pöbel. Von den Sicherheitswächtern ist keine Spur zu sehen. Wenn die Polen so vorgegangen wären, hätte man zweifellos einen Prozeß wegen Landfriedensbruch oder wenigstens wegen Aufruhrs gegen sie angestrengt. Doch die Deutschen behandelt man anders. Erst am späten Abend konnten wir ruhig

zum Bahnhof nach Randzin abfahren und nach Hause zurückkehren.

In manchen Dörfern war der Tag der Hauptschlacht ebenfalls stürmisch, die Zentrumsleute setzten auch dort den Polen zu und malträtierten unsere Leute.

Obgleich die Wahlagitatio n äußerst schwierig und mit großen Mühen verbunden war, hat sie unsere Erfahrung bereichert und uns die Pforte zu diesem noch unaufgeklärten Kreise geöffnet.

Schmerz erfüllt das Herz bei dem Anblick, wie tief hier ein Teil des polnischen Volkes gefallen ist. Und es ist gefallen, denn niemand kümmert sich um es, niemand bringt ihm Aufklärung, weder der Geistliche, noch der Lehrer und Beamte. Und unsere Intelligenz ist hier überhaupt nicht vertreten. Daher müssen wir alle Kräfte aufbieten, um dieses Volk moralisch zu heben, in ihm das Gefühl der eigenen Würde und des Nationalstolzes wachzurufen, das wieder gut zu machen, was die Fremdlinge oder nationalen Renegaten vernichtet haben.

Aus Nr. 43 des Gornoslazak (Katowitz)
vom 22. Februar 1907:

Schwientochlowitz.

Den geehrten Landsleuten aus Schwientochlowitz und Umgegend teile ich ergebenst mit, daß mir auf meine Bemühung hin Bücher aus dem „Volksleseverein“ in Posen anvertraut wurden, und ich verleihe diese an Sonn- und Wochentagen. Ich verleihe die Bücher kostenlos. Dies sollten die geehrten Leser, insbesondere aber die hiesige Jugend, ausnützen und fleißig Bücher lesen, denn dies ist eine liebe und nützliche Zerstreuung nach schwerer und mühsamer Arbeit. Seien wir dessen eingedenk, Landsleute, daß die Aufklärung des Volkes Wunder wirkt.

Weiter teile ich euch mit, daß ich das Amt eines Kommissars des Vereins Straz angenommen und die Meldung von Mitgliedsandidaten für den Verein Straz entgegennehme. Die Beitrittsbedingungen und andere Angelegenheiten erkläre ich mündlich. Vorwärts also, Landsleute, organisiert euch im Verein Straz.

In der Hoffnung, daß ihr vor allem die Bibliothek „Czytelnia Ludowa“ (Volksbibliothek) benützen werdet, zeichne ich achtingungsvoll

Anton Rychold,
Langestraße 36.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 41 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 19. Februar 1907:

In einer am 17. d. M. in Herne abgehaltenen Frauenversammlung wurde ein polnischer Frauenverein unter dem Namen „Wanda“ ins Leben gerufen. Der Wiarus schreibt folgendes hierüber:

Von dem Eifer und der Begeisterung, von dem die Versammelten beseelt waren, zeugt am besten der Umstand, daß dem Verein sofort 188 Teilnehmerinnen beitraten.

Der Hauptzweck des Vereins ist die Pflege der Muttersprache, die Sorge um die moralische Erziehung der Kinder und gegenseitige Fortbildung durch Vorlesungen, Vorträge und Deklamationen.

In den Vorstand sind gewählt worden:

Frau Rzepa, Vorsitzende,
„ Katakczak, Kassiererin,
Frä. Zamiara, Schriftführerin.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 92 der Nowa Reforma (Kraakau)
vom 25. Februar 1907:

Der Staatsraub.

Ein neuer Schlag, grausamer als alle bisherigen, soll in nächster Zeit die polnische Gesellschaft im preussischen Anteil treffen. Laut Informationen, welche den Posener Blättern aus den Abgeordnetenkreisen zugegangen sind, hat die preussische Regierung bereits ein neues Projekt für die zwangsweise Enteignung polnischer Grundbesitzer ausgearbeitet und beabsichtigt, es noch vor Ostern dem preussischen Landtage vorzulegen. Zum Zwecke der Durchführung dieses Entwurfs soll der Landtag einen weiteren Kredit in Höhe von 300 Millionen Mark bewilligen. Zurzeit wurde er vertraulich der konservativen, hauptsächlich der den deutschen Großgrundbesitz vertretenden Partei im Landtage vorgelegt. Das Ergebnis der Beratungen dieser Partei ist noch nicht bekannt; gerüchtweise verlautet, die preussischen Junker stünden dem neuen Projekt nicht sehr sympathisch gegenüber, weil sie befürchteten, es werde die jetzigen so hohen Bodenpreise in den polnischen Landesteilen herabdrücken. Es ist aber bekannt, daß die Regierung sich gegen den Widerstand von dieser Seite Rat zu schaffen weiß. Auch in diesem Falle wird es ihr nicht schwer fallen, die Befürchtungen der Junker durch das Versprechen „klingender“ Vorteile auf einem anderen Gebiete „zu beruhigen“. Es sind ja doch nur „Taschenbefürchtungen“ und keine sittlichen Struwwel.

Von den zum Ankauf polnischen Grundes und Bodens bis jetzt bewilligten 450 Millionen Mark soll nicht mehr viel geblieben sein. Den größeren Teil dieses Betrages haben bekanntlich nicht die polnischen Landschacherer, sondern die deutschen Gutsbesitzer erhalten, welche geschickt die Lage zu ihrem Vorteil auszunutzen verstanden. Mit der Drohung, sie würden gezwungen sein, ihre Güter an die Polen zu verkaufen, zwangen sie die Ansiedlungs-Kommission, ihnen für fabelhafte Preise den Grund und Boden abzukaufen. Der Bodenschacher auf polnischer Seite hat abgenommen. Nur selten streckt jetzt ein entartetes Individuum seine Hand nach dem Judasgroschen der Regierung aus. Die ungeheuere Mehrheit der Gutsbesitzer hält, trotz der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse, am Grund und Boden fest. Da die Regierung auf die bisherige Art und Weise den Rest der polnischen Gutsbesitzer nicht beseitigen kann, hat sie beschlossen, ihnen auf dem Wege des gesetzlichen Zwanges, des staatlichen Raubes den Grund und Boden zu entreißen.

Jedenfalls wird dem preussischen Fiskus die Einziehung des polnischen Grundes und Bodens teuer, sehr teuer zu stehen kommen. Die ausgegebenen und für diesen Zweck bewilligten Geldbeträge werden die Höhe von 750 Millionen Mark erreichen.

Noch vor vierzehn Tagen versicherte das Organ des Reichskanzlers die angesichts des polnischen Wahlsieges beunruhigte deutsche öffentliche Meinung, daß die antipolnische Politik bereits bedeutende Erfolge zu verzeichnen habe. Jetzt hat sicherlich die Regierung zur Begründung des neuen Räuberplanes erklärt, daß sich die Deutschen gegen die polnische Bedrückung doch wehren müßten....

Zu der polnischen Gesellschaft im preussischen Anteil haben wir das Vertrauen, daß sie sich mit allen möglichen Mitteln dagegen wehren werde, daß ihr nicht noch der Rest des Grundes und Bodens entrisen wird. Als eines der Abwehrmittel schlagen jetzt die Posener Blätter eine kräftige Organisation der polnischen

Landarbeiter vor. Ohne die Arbeit dieser Arbeiter kann der deutsche Grundbesitz in den polnischen Landesteilen nicht bestehen. Wenn die Regierung mit allen Mitteln die Proletarisierung der polnischen Gesellschaft anstrebt, so möge der polnische Arbeiter ihr beizeiten vergegenwärtigen, daß der polnische Grund und Boden, obwohl die Gutsbesitzer von der Bildfläche verschwinden, in dem polnischen Volke seinen Beschützer finden werde! —

Aus Nr. 76 der Nowa Reforma (Kraśau)
vom 15. Februar 1907:

Versammlungen in Sachen, betreffend den Schulstreik polnischer Kinder in den preussischen Landesteilen.

Ein aus einer größeren Anzahl angesehenen Personen bestehendes Bürgerkomitee hat in Sachen, betreffend den Schulstreik der ihre Muttersprache verteidigenden Kinder, vier nationale Volksversammlungen einberufen, die alle an einem Tage stattfinden werden, nämlich am Sonntag, dem 17. d. M. und zwar in Andrychów im Magistrats-Sitzungs-Saale, um 4 Uhr nachmittags, in Kalwaria, in Sokolskaale, 3 Uhr nachmittags, in Landcorona, im Schulhause, 4 Uhr nachmittags und in Wadowice, im Sokolskaale, um 3 Uhr nachmittags. Das Komitee hat durch Zettelanschlag in einem längeren Aufruf den Zweck der Versammlungen bekanntgemacht.

Den Aufruf haben mehr als 60 Bürger unterschrieben, darunter die Abgeordneten Dr. Łazarzski und Dr. Opydo und die nachstehenden Geistlichen: Macheta Wladislaus, Miec Joseph, Papeśch Theophil, Rajski Anton und Solak Lorenz, ferner Dr. Jwanowski usw.

Das Komitee gibt sich die größte Mühe, damit den Versammlungen durch eine Massenbeteiligung seitens der Intelligenz, der Stadt- und Landbevölkerung der Charakter einer ernstesten, imponierenden patriotischen Kundgebung verliehen werde. —

Aus Nr. 76 der Nowa Reforma (Kraśau)
vom 15. Februar 1907:

Aus **Chrzanów** wird uns geschrieben:

Auf Anregung seines stellvertretenden Vorsitzenden hat der Kreistag in Chrzanów in seiner am 28. Januar d. J. abgehaltenen Sitzung folgenden Beschluß gefaßt:

Der Kreistag in Chrzanów drückt seinen Landsteuern im preussischen Anteil anlässlich der Verfolgung der polnischen Sprache durch die preussische Regierung sein innigstes Beileid aus und beschließt zum Zwecke der Förderung und Verteidigung der polnischen Sprache im Großherzogtum Posen, in Westpreußen und Oberschlesien eine einmalige Spende in Höhe von 200 Kronen zu bewilligen. Gleichzeitig empfiehlt der Kreistag dem Kreisausschusse, den vorstehenden Beschluß allen Kreistagen in Galizien mitzuteilen, mit der Bitte, entsprechende Beträge für den erwähnten Zweck zu bewilligen und diese zu Händen des hiesigen Kreisausschusses zu übersenden, welcher die eingegangenen Beträge an die zuständige Stelle, unter Namhaftmachung der Spender und der von den einzelnen Kreisvertretungen bewilligten Beträge, abführen wird.

Der Kreisausschuß hat den Beschluß ausgeführt.

Aus Nr. 78 der Nowa Reforma (Kraśau)
vom 16. Februar 1907:

Mißhandlung polnischer Kinder.

Vor der Strafkammer in Lissa, in der Provinz Posen, stand ein für die Posener Schulverhältnisse bemerkenswerter Prozeß an. Der Angeklagte war der intelligente Landwirt Pernał aus Stwolno, welcher in seiner Versamlungsrede in Dubno den Lehrer Hoffmann und die Lehrerin Winkelmann aus dem Nachbar-dorfe Grünberg durch die Behauptung, sie mißhandelten die polnischen Kinder, beleidigt haben soll. Vorsitzender der Strafkammer war der Landesgerichtsrat Schlüter-Lissa, einer der schon seltenen preussischen Richter in der Provinz Posen, die sich den Polen gegenüber durch vollständige Unparteilichkeit auszeichnen.

Gleich zu Anfang ruft bei dem Gerichtshof die Aussage des Zeugen, Geistlichen Jazdzewski, daß auch in der Schule seiner Pfarodie, obwohl sie ausschließlich von polnischen Kindern besucht werde, der Religionsunterricht in der Unterstufe in deutscher Sprache erteilt wird, **Bestürzung und Aufsehen hervor.** Die Richter hatten nämlich Ministererlasse zur Hand, auf Grund deren der Unterricht auf dieser Stufe in polnischer Sprache erteilt werden soll. Auf die Bemerkung eines der Richter, daß jetzt bei dem deutschen Sprachunterricht in den polnischen Schulen eine neue Methode, der Anschauungsunterricht, eingeführt worden sei, welcher das Erlernen sogar einer fremden Sprache, ohne Zuhilfenahme der Muttersprache der Kinder, ermögliche, antwortete der Landgerichtsdirektor Schlüter: „Ich bin neugierig, wie ich bei dieser Methode polnisch lernen könnte?“

Die Bestürzung der Richter stieg aber noch mehr, als eine ganze Anzahl von Zeugen ausgesagt hatte, daß der Lehrer Hoffmann und die Lehrerin Winkelmann tatsächlich in grausamer Weise die polnischen Kinder gemißhandelt, daß sie sie mit einem Rohrstock auf den Kopf und in das Gesicht geschlagen, sie mit den Füßen getreten hätten usw., als auch die früheren Schulspektoren einräumten, daß dieses würdige Pädagogenpaar tatsächlich oftmals die Grenzen des Züchtigungsrechts überschritten hätte und endlich, als festgestellt wurde, daß die Behörde die von dem Gemeindevorstande eingebrachte Beschwerde gar nicht angenommen habe. **Direktor Schlüter bemerkte dem gegenüber, daß er sogar die Eltern, falls sie sich einer derartigen Mißhandlung ihrer Kinder schuldig gemacht hätten, streng bestrafen würde.**

Der Ackerwirt Pernał wurde schließlich von der Anklage der Beleidigung dieses Lehrerpaares freigesprochen, die Henker aber der polnischen Kinder werden wahrscheinlich straffrei ausgehen.

Aus Nr. 80 der Nowa Reforma (Kraśau)
vom 18. Februar 1907:

Für die Opfer des Schulstreiks

in Großpolen spendete Dr. Apol. Tarnawski in seinem Sanatorium in Koszów drei Freistellen in der ersten und dritten Saison für drei kurbedürftige, aus dem Gefängnis entlassene Redakteure oder Lehrer. Das Komitee der am 3. Februar d. J. in Lemberg stattgefundenen Nationalversammlung, spricht dem edelmütigen Spender für diese Gabe sein herzlichstes „Gott bezahl's“ aus.

Das Beispiel des Dr. Tarnawski mußte auch andere zur Nachahmung veranlassen.

Aus Nr. 78 des Słowo Polskie (Lemberg)
vom 15. Februar 1907:

Die Wahlen und der Schulstreik.

Der Wahlkampf, welche alle anderen Angelegenheiten, sogar die des Schulstreiks, auf den zweiten Plan verschoben hatte, ist vorüber und endete für uns mit dem vollständigen Siege. Der kurze, aber intensive Prozeß, welcher die ganze nationale Energie in sich vereinigte, ist beendet; die hochgehenden Wogen politischer Leidenschaften haben sich gelegt und es ist die Zeit der Betrachtung, der Beurteilung der Ergebnisse und des Sichzurechtfinden in der neuen Lage der Gesellschaft gekommen, die wieder einen mächtigen Schritt vorwärts gemacht hat. Zwei so tief in das gesellschaftliche Leben hineingreifende Erscheinungen, wie die Wahlen und der Schulstreik, konnten selbstverständlich nicht ohne Einfluß aufeinander bleiben. Einerseits muß unser Wahlsieg zum nicht geringen Teil der Spannkraft der Nationalgefühle und der Abhärtung unserer Kräfte zugeschrieben werden, andererseits wird das günstige Wahlergebnis für längere Zeit zweifellos einen erfolgreichen Ansporn zur weiteren Arbeit bilden, in erster Linie natürlich auf dem Gebiete, welches auf dem ersten Plane steht, also dort, wo es sich um den Schulstreik, um den Schutz der Kinder vor der Germanisierung unter der schwierigsten Form, die man sich denken kann, handelt.

Die nähere Beurteilung des Wahlergebnisses kann wie gewöhnlich, zeigen, daß so manche Hoffnung trügerisch war, daß die nach außen so glänzende Wahlumgebung manchen schwachen Punkt aufweist, aber schließlich doch die Garantie bestätigt, welche die Wahlen gegeben, daß unser gesellschaftliches Leben, trotz des unerhörten Druckes seitens der deutschen Regierung und Gesellschaft, immer tiefer, voller und tüchtiger wird.

Die deutsche Gesellschaft schiebt sich immer mehr als unser Gegner auf den ersten Plan vor, die Regierung aber, welche vor kurzem noch die führende Rolle in diesem Kampfe spielte, von welcher die Anregung ausging, wird immer mehr nur ein gefügiges Werkzeug dieser Gesellschaft bleiben. Der Schulstreik hat nicht nur unsere Widerstandsfähigkeit gestärkt, sondern auch die Gegensätze zwischen den Deutschen und den Polen verschärft, denn hier gibt es keine Kompromisse, hier muß man entweder die Stellung der Polen anerkennen und die Deutschen verdammen oder sich auf die Seite des preussischen Staatswesens stellen und dann dem Gegner, welcher zu allem entschlossen ist, Aug' in Aug' gegenüberstehen.

Dies zeigte sich auch bei den Wahlen. Die Polen haben zweifellos einen entschiedenen und glänzenden Sieg davongetragen, sie haben vier neue Mandate erobert und einen Zuwachs von über 100 000 Stimmen nachgewiesen. Aber auch die Deutschen erschienen wie ein Mann zum Kampfe, in Westpreußen und in der Provinz Posen haben sie ebenfalls, hinsichtlich der Stimmenzahl, einen bedeutenden Erfolg erzielt, sie behielten den Thorner und Graudenz Wahlbezirk, den wir hätten erobern müssen und auch in anderen Wahlbezirken hing der Sieg nur an einem Härchen. In Posen erhielten die Polen 3000 Stimmen mehr, als das letzte Mal und trotzdem war der prozentualische Zuwachs an deutschen Stimmen entschieden größer. Die Germanisierung der Provinzial-Hauptstadt wird zwar mit ungewöhnlichem Eifer betrieben und die Regierung schafft, indem sie ganze Regionen von Beamten hierher versetzt, künstlich eine deutsche Einwanderungsbevölkerung, dies ändert jedoch an der Tatsache selbst um so weniger, als sie durchaus nicht vereinzelt

Laut Statistik des Kurier Poznanski beträgt der Gesamtzuwachs der polnischen Stimmen in der Provinz Posen 9 v. H., der der deutschen Stimmen 19 v. H.; in Westpreußen stiegen die polnischen Stimmen um 8 v. H., die deutschen um 22 v. H. Dies ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen; übrigens darf sie uns durchaus nicht pessimistisch stimmen, denn im Verhältnis zu den riesigen Bemühungen der Regierung ist dies ein äußerst geringer Erfolg. Wenn wir uns aber die mißlichen Verhältnisse nüchtern betrachten, müssen wir, ohne uns Täuschungen hinzugeben, an die Nationalarbeit herantreten, wo noch viel zu tun übrig bleibt, vor allen Dingen aber uns Rechenschaft darüber ablegen, daß dies nicht nur ein Kampf mit der Regierung, sondern auch mit der deutschen Gesellschaft ist, andernfalls die Enttäuschungen unvermeidlich sein werden.

Einen reichlichen Ansporn zur weiteren Arbeit gibt das Wahlergebnis in Schlesien und in der Fremde. Schlesien, das ist die glänzende Errungenschaft der jungen Nationalbewegung; während wir anderswo Schritt für Schritt schwer kämpfen, langsam nur vorrückend, oftmals nur die behaupteten Stellungen verteidigend, hat das polnische Element in Schlesien durch einen kurzen, aber entschiedenen Angriff dieses ganze Pflasterland, welches bereits als verloren galt, erobert. Die Wahlen in Schlesien haben über die Zukunft dieses Landes entschieden, seine Zugehörigkeit zum Polentum kann niemals und nirgends in Abrede gestellt werden. Nicht minder erfreulich ist für uns das Wahlergebnis in der Fremde. Die polnischen Stimmen stiegen dort von 16 000 auf 34 000. Einen schlagenderen Beweis für das Festhalten der Auswanderer an dem Heimatslande kann man sich nicht wünschen. Alles in allem können wir mit der Probe, welche der gesellschaftliche Organismus einmal durchgemacht, zufrieden sein und mit vollster Ruhe der Zukunft entgegensehen!

Eine solche Stimmung herrscht denn auch bei uns allgemein, der Nationalgeist hat sich ungeheuer gehoben und überall sehen wir die fortschreitende Entwicklung. Wie wir bereits hervorgehoben, muß sich eine derartige Strömung in erster Linie dort zeigen, wo sich die nationale Energie am meisten konzentriert, also im Schulstreik. Und wirklich können wir, obwohl wir keine zuverlässigen Ziffern haben, mit Bestimmtheit feststellen, daß der Streik in volstem Umfange fortbesteht und nichts darauf hinweist, daß er in naher Zukunft aufhören könnte! Die deutschen Blätter bringen zwar fortwährend Nachrichten von dem Nachlassen des Streiks und beweisen sie mit Zahlen, aber das sind alles Erfindungen der journalistischen Phantasie. Das polnische Volk bleibt mit der ganzen Ausdauer bei dem Streik und es wird trotz neuer Strafen, Drohungen und Bedrückungen ausharren; diese Angelegenheit hat zu sehr die Wurzel seiner Natur selbst berührt, als daß es sie wieder fallen lassen sollte.

Die Regierung wendet natürlich nicht minder konsequent einen ganzen Apparat ihrer gesetzlichen und ungesetzlichen Mittel an — dieser Unterschied vermischt sich bei uns fast vollständig —, um den Schulstreik mit Gewalt zu brechen. Jetzt hat man zwei neue Mittel gegen die bedrückte polnische Bevölkerung erfunden. Zunächst haben die Regierungen einen alten Ministerialerlaß ausfindig gemacht, auf Grund dessen sie Geldstrafen bis zu 30 Mark für das Streiken ihrer Kinder selbst festsetzen. Die Angelegenheit wird jedoch die Gerichte beschäftigen und es ist anzunehmen, daß dieses Mittel als völlig ungesetzlich anerkannt werden wird; übrigens traut die Regierung ihrem Plane selbst nicht zu sehr, denn bis jetzt ist nur in einigen vereinzelt Fällen diese Strafe zur Anwendung gebracht worden. Das zweite Mittel übersteigt durch seine rücksichtslose und blinde Brutalität alles bis jetzt dagewesene; es beginnt

nämlich eine Massenausweisung von Gymnasialschülern, deren Brüder, Schwestern oder gar Väter streifen. Es wird also jemand für das von einem andern begangene Verschulden bestraft, wahrlich, ein derartiges System besteht wohl sogar in Rußland kaum. Sogar manche deutschen Blätter verurteilen entschieden eine derartige unsinnige Rache und sicherlich wird die Angelegenheit im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommen, ob jedoch mit Erfolg, das ist eine große Frage.

Trotz alledem wird das Volk festbleiben und die Regierungsaktion brauchen wir wieder nicht so sehr fürchten. Gefährlicher dagegen für uns ist die Haltung der Kirchenbehörde, welche jetzt dem Streik gegenüber eine offenbar unwillige Stellung eingenommen hat. Es ist Tatsache, daß der Verwalter der Posener Diözese, Bischof Lefkowski, den Dekanen empfohlen hat, sie möchten nach Möglichkeit auf die Schwächung des Streiks Einfluß ausüben.

Ein derartiges Verhalten unserer obersten Kirchenbehörde ruft natürlich eine große Erbitterung in unserer

Gesellschaft hervor und sie wird, falls diese Behörde offen gegen den Streik auftreten sollte, mit der größten Entschiedenheit dagegen protestieren und sich, ohne Rücksicht auf die Folgen, gegen sie erklären müssen. Die Geistlichkeit steht heute entschieden auf Seiten des Volkes, angesichts dessen ist das Spiel, welches die Diözesenverwaltung treibt, um so gefährlicher. —

Aus Nr. 92 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 23. Februar 1907:

„Strazmarsch“.

Boleslaus Marcinkowski—Posen komponierte zu dem Texte des Dichters Lucian Rydl unter dem Titel „Czuł duch“ einen Strazmarsch. Die Musik der Komposition entspricht völlig den feurigen Worten des Dichters. Das von dem Kunstmalers Gardzilewski—Posen ausgeführte Titelblatt stellt das Posener Rathaus und das an der Barthe machende Auge des Strazvereins dar. Der Marsch ist dem Vorsitzenden des Strazvereins, Herrn Joseph v. Koscielski gewidmet worden. —